

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schriftband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Salva-Kaufschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 30,- M., Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 53-54.

Die achtspaltigen Konversationsblätter über deren Raum kosten 4,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15238

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Sanktionen vor dem Unterhause

Der Standpunkt der Arbeiterpartei

London, 10. März.

Lloyd George stellte im Unterhause mit, daß die Gehörvorlage betreffend die fünfzigprozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren morgen im Unterhause eingebracht werden solle. Es sei sehr wichtig, das Gesetz sobald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Je schneller dies geschehe, um so bessere Ergebnisse würden erzielt werden.

Vord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterstützung unter dem Versailler Vertrag in Ehren zu halten. Änderungen können nur mit der freien und vollen Zustimmung aller Mitunterzeichner des Vertrages erfolgen. Die Zeit für eine Aenderung des Vertrages, wenn überhaupt eine solche stattfinden sollte, sei nach seiner Ansicht noch nicht gekommen.

Sir Edward Carson sagte, es müsse den Alliierten und den Deutschen vollkommen klargemacht werden, daß der Versailler Vertrag bestehen bleiben müsse und nur durch alle Unterzeichner des Vertrages abgeändert werden könne. Der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhaus und das ganze Land hinter sich.

Clynes (Arbeiterpartei) erklärte, der letzte Beschluß der Alliierten sei eine Frage der auswärtigen Politik, die an Bedeutung hinter keiner seit Beendigung des Krieges entstandenen Frage zurückstehe. Während man für eine Regelung der Schwierigkeiten mit Deutschland mehr durch ein Uebereinkommen als durch Gewalt eingetreten sei, habe man zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, deren Ende nicht abgesehen werden könne.

Die Ansicht der Arbeiterpartei

Es sei keineswegs alle Mittel erschöpft worden, um eine Lösung auf dem Wege eines Uebereinkommens zu erzielen. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch erhöhen werde. Nur durch die Wiederherstellung des normalen Handels in Europa könne der Wunsch, Deutschland zahlen zu lassen, verwirklicht werden. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig zu zahlen, und durch die in der Reparationsfrage von den Alliierten befolgte Politik werde dem Empfänger größerer Schaden zugefügt als dem zahlenden Teil. Unter dem Vorwand der Opposition fragte Clynes, wieviel von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs und wie wenig davon auf Rechnung Englands komme. Clynes forderte Aufschluß darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Vorschlägen auszukommen. Er stimme nicht mit Lloyd George darin überein, daß der Vorbehalt mit Bezug auf Oberschlesien es unmöglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Die gesamte Lage bezüglich Oberschlesiens sei das stärkste Argument zugunsten einer vorläufigen Regelung. Deutschland wolle nicht, was sein Schicksal betreffs seines Gebietes, seiner Bevölkerung und seiner Macht kein werde, und dies sei der stärkste Grund dafür, daß augenblicklich keine drastischen militärischen Maßnahmen getroffen werden dürften. Für die bisherige Regierung seien die Alliierten zum Teil selbst verantwortlich. Hätte Lloyd George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche bat? Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden. Lloyd George habe selbst erklärt, die Welt brauche ein gedeihendes und zufriedenes Deutschland. Würden diese Maßnahmen zur Wohlfahrt und Zufriedenheit führen und nicht vielmehr zu der Gewissheit weiteren wirtschaftlichen Ruins?

Clynes sagte: Wir haben den Krieg bekämpft, um den Krieg ein Ende zu machen, wir bekommen jedoch einen Frieden, der ein weiteres Krieges zur Gewissheit macht. Clynes fragte, ob denn der Völkerbund so schädlich sei, daß er diese materiellen und

finanziellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zu behandeln vermöge. Bei einer Frage dieser Art hätte auch Amerika als Schiedsrichter angerufen werden können. Die Verantwortung für die bisherigen Schritte habe jetzt die Regierung zu übernehmen, und er befürchte, nach sechs Monaten werde man bedauernd erklären, daß es unmöglich gewesen sei, das Geld in dieser Weise einzutreiben, und daß sich die militärischen Maßnahmen als wirkungslos erwiesen hätten.

Lloyd George führte aus, die Alliierten hätten sich in der Reparationsfrage nach dem Rat ihrer Sachverständigen gerichtet. Nachdem die alliierten Sachverständigen alles gehört hätten, was die deutschen Sachverständigen zu sagen hatten, seien sie zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland zahlen könnte. Es sei wirklich keine übermäßige Forderung, daß Deutschland in den nächsten beiden Jahren hundert Millionen Pfund plus zwölf Prozent seiner Ausfuhr bezahle. Die deutsche Ausfuhr im letzten Jahre, abgesehen davon, was nach Frankreich für Reparationszwecke geschickt wurde, habe 250 Millionen Pfund betragen. Das bedeute, daß Deutschland 130 Millionen Pfund Sterling bezahlen sollte. Lloyd George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb der zweite deutsche Vorschlag nicht angenommen worden sei, er sei davon abhängig gemacht worden, daß Oberschlesien deutsch bleibe. Für einen Fall wie Oberschlesien sei der 12prozentige Ausfuhrzoll eingeführt. Denn wenn sich der Gebietsumfang Deutschlands vermindere, so gehe auch der Ausfuhrzollbetrag, den Deutschland zahlen müsse, herab. Es handle sich weder um eine englische noch eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten. Man könne nicht erklären, es handle sich um eine gerechte Forderung an Deutschland, die erzwungen werden müsse, und zugleich, wenn man auf ihrer Erzwungung bestünde, lagen, man bringe Europa in Verwirrung. Eine Schuld kann erzwungen werden. Er wolle sogar noch weiter gehen und sagen, man würde nie zu einer Einigung mit Deutschland gelangen, wenn Deutschland wisse, daß sie unter keinen Bedingungen erzwungen werde. Lloyd George sagte, er wolle kein hartes Wort gebrauchen, das Schwierigkeiten hervorzurufen könne, aber die Deutschen hätten ihre Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung in Deutschland. Sie nähmen nicht die Verantwortung für den Krieg auf sich und glaubten nicht, daß sie für die Verpflichtungen Frankreichs und Belgiens verantwortlich seien.

Mit Bezug auf die Zahlung von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren an das Schahamt erklärte Lloyd George, wenn die deutsche Regierung es ablehne, die deutschen Lieferanten zu entschädigen, so tue sie dies auf eigene Gefahr, da sie dann riskiere, den deutschen Handel zu verlieren. Wenn Deutschland keine Waren nach alliierten Ländern schicke, wo wolle es sie dann hinschicken? Außerdem sei Deutschland durch den Vertrag verpflichtet, auf Anforderung zu liefern. Daher seien die Alliierten in der Lage, diese besondere Methode, um das Geld einzutreiben, zu erzwängen. Zugleich sei dies, abgesehen von den Strafmaßnahmen, die beste Art, um der Lage zu begegnen, und er glaube nicht, daß sie für die Deutschen selbst unannehmbar sei. Außerdem beständen Alternativen, wie z. B., daß

Arbeiter und Dienste zu Reparationszwecken

in den verwüsteten Gebieten von Deutschland gestellert werden. Dies sei bereits geschehen, und er hoffe, die Alliierten würden es fordern, da er der Ansicht sei, die Deutschen seien bereit, in dieser Hinsicht viel mehr zu tun, wenn sie dazu aufgefordert würden. Außerdem müsse jedoch noch etwas in barem Gelde an England, Frankreich, Belgien und Italien gezahlt werden, und dies wolle man auf dem Wege einer Art von Annullierung des Ausfuhrergebnisses in der einen oder anderen Form erreichen. Seiner Ansicht nach sei die angenommene Methode die praktikabelste. Im vergangenen Jahre seien Waren im Werte von 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling von Deutschland nach England eingeführt worden. Wahrscheinlich werde sich der Betrag dieses Jahres auf 50 bis 60 Millionen erhöhen, und davon würden nach Abzug aller Vergütungen ungefähr noch 20 Millionen Pfund übrig bleiben.

Bei Schluß des Klattes spricht Lloyd George nach dem vorliegenden Bericht noch weiter.

Untätigkeit?

Wenn nicht alles trägt, so wird die Beratung im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten mit einer solennen Vertrauenskundgebung für das Ministerium Fehrenbach-Simons enden. Warum auch nicht? Nachdem Hindenburg und Ludendorff den Krieg verloren hatten, wurden sie immer populärer. Warum soll also Dr. Simons, der eine diplomatische Schlacht verloren hat, nicht als nationaler Held gefeiert werden? Und dann, ist es nicht für alle Parteien das bequemste, da die Situation außerordentlich ernst ist, alles beim alten zu lassen? Neue Grundlagen für Verhandlungen zu finden, neue Männer mit ihrer Durchführung zu betrauen, erfordert tatsächlich große Anstrengungen und politische Gedankenarbeit. Ist es nicht viel bequemer und viel populärer, sich mit dem stolzen „Rein“ zu brüsten und sich von den nationalistischen Bogen tragen zu lassen? Für die nächsten 14 Tage oder drei Wochen mag's ja ausreichen.

Es ist dieselbe Politik, die während des Krieges geführt worden ist und uns so herrlich weit gebracht hat. Eine Politik ohne Voraussicht, ohne bestimmten Plan, wie Lebensfräugung, auf das Wunderbare wartend. Unterdessen vertritt kostbare Zeit, die wirtschaftlichen Sanktionen zerrütten unser Wirtschaftsleben, die Spannungen wachsen. Das Vertrauensvotum für Simons verhält sich nur schlecht völlige Ratlosigkeit.

Die Angriffe, die die Deutschnationalen gegen Dr. Simons gerichtet haben, weil er ihnen mit seinem letzten Angebot an die Entente zu weit gegangen ist, scheinen auch die Rechtssozialisten wieder in die Regierungsfrente einschwenken zu lassen. Der „Vorwärts“ erklärt die Stellung der Regierung für gesichert. Das sei erfreulich, denn eine Regierungskrise könnte heutzutage eine weitere Verschiebung nach rechts zur Folge haben. Das aber könne niemand wünschen. Dabei wird nur die Kleinigkeit übersehen, daß diese Regierung, wie die Dinge sich entwickelt haben, in der auswärtigen Politik eine Rechtspolitik zu treiben gezwungen ist. Dann aber — und das ist doch das Entscheidende — kann es sich jetzt nur darum handeln, die Entscheidung über die Richtlinien zu fällen, die für die Lösung der Krise eingehalten werden müssen. Und glaubt man da wirklich, daß zwischen der Politik, die die Deutsche Volkspartei verfolgt, und der, die die Arbeiterklasse fordern muß, eine Gemeinsamkeit bestehen kann? Und meint man wirklich, daß nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und der Krise das Ministerium Fehrenbach-Simons geeignet ist, eine neue Lösung zu finden?

Als Dr. Breitscheid im Reichstag das Vorgehen Simons scharf kritisierte, war nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch der „Vorwärts“ mit der Kritik höchst unzufrieden. Und der „Vorwärts“ solidarisierte sich sogar mit der Verteidigung Simons durch den Volkspartei-ler Stresemann. Gegen ähnlich lautende Bemerkungen bürgerlicher Provinzialblätter schrieb damals der rechtssozialistische Abgeordnete Keil in der „Schwäbischen Tagwacht“:

Diese immer gut instruierten Werkzeuge enstirniger Dirigenten leben noch in der Zeit des Kriegesprekams seligen Angebendens und empfinden auch heute noch nicht, wie die kommandierte und wie eine Kompagnie Rekruten ausgerichtete öffentliche Meinung dazu beigetragen hat, uns ins Verderben zu führen. Von der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ kann sich das „Neue Tagblatt“ darüber belehren lassen, daß die Rücksicht auf einen Minister forgesetztes Schweigen nicht rechtfertigen kann, wenn lebenswichtige Interessen der deutschen Nation unrichtig und in gefährdender Weise vertreten worden sind.

Und er fügte daran folgende Kritik:

Es war ein Fehler, daß vom ersten Moment der Vorbereitung auf die Londoner Konferenz der Reichsminister Fehrenbach dem Außenminister Dr. Simons unbeschränkte Vollmacht erteilte. Es war ein Fehler, daß Simons sich auf seiner süddeutschen Reise von rechtsgerichteten, zum großen Teil auch rechts vom Reichskabinett stehenden prominenten Persönlichkeiten umgeben ließ. Es war ein Fehler, daß Dr. Simons sein Sachverständigenkollegium wochenlang über die eigenen Meinungsverschiedenheiten streiten ließ, ohne daß es zu den festformulierten Vorschlägen kam, die es machen sollte. Es war ein Fehler, daß sich unter diesen Sachverständigen Männer befanden, denen der Bruch erwünscht ist als die Verständigung. Es war ein Fehler, daß die deutschen Gegenvorschläge im letzten Augenblick nach rein juristischen Gesichtspunkten ohne politische und psychologische Einstellung im Auswärtigen Amt formuliert und vom Reichskabinett zwischen Tür und Angel beschloffen wurden. Es war ein Fehler, daß man den Reichstag dabei nicht zu Rate zog. Es war ein Fehler, daß nur die Staatssekretäre des alten Regimes und kein Minister Herr Dr. Simons nach London begleiteten. Es war ein Fehler, daß die deutschen Gegenvorschläge noch auf der Reise nach London geändert und in eine Form gebracht wurden, die die öffentliche Meinung der Welt ignorierte. Es war ein Fehler, daß diese Gegenvorschläge sehr erheblich von der Realität auf die deutschen Nationaldemokratie und nicht lediglich von der Sorge um Deutschlands Zukunft diktiert waren. Es war ein Fehler, daß man das deutsche Angebot in der Form viel kleiner erschienen ließ, als es seinem inneren Werte nach ist. Es war ein Fehler, daß überschüssige Zinsberechnungstricks angewendet wurden, die in London Millionen

Das Proletariat gegen Interventionen

Die französischen Arbeiter für den Frieden

Paris, 11. März.

Der Verwaltungsrat der C. G. T. hat gestern abend eine Erklärung angenommen, in der gesagt wird, daß die arbeitenden Kreise Frankreichs keine anderen Maßnahmen ins Auge fassen können, als ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitern über die gemeinsame Wiederherstellung der Kriegsrüinen. Die C. G. T. mißbilligt die Anwendung von Gewalt. Die neuen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind die Bedrohung des Friedens zwischen den Völkern. Der Verwaltungsrat hat ein Manifest ausgearbeitet, in dem in energischer Weise dagegen protestiert wird, daß die interalliierte Kommission im schlesischen Abstimmungsgebiet, Gewerkschaftern die Pässe verweigert hat.

Rundgebung der tschechischen Sozialdemokratie

TU. Prag, 11. März.

Das Exekutivkomitee der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Abgeordnetenklub im Hinblick auf die verbreiteten Gerüchte über eine eventuelle Mobilisierung folgende Rundgebung beschlossen:

Wir verharren auf dem von Beginn unserer staatlichen Selbständigkeit an eingenommenen Standpunkt, daß die auswärtige Politik unserer Republik friedliebend sein müsse, daß wir zu keinem Einschreiten zu Angriffen oder Interventionen ohne unsere Zustimmung geben, daß aber das tschechoslowakische Proletariat die Republik verteidigen würde, falls sie angegriffen werden sollte.

Beschlüsse der deutsch-böhmischen Sozialdemokraten

TU. Prag, 11. März.

Der Klubvorstand der deutsch-sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, hielt gestern eine Beratung ab über die Fragen der äußeren Politik und besonders der Rückwirkung der Londoner Beschlüsse auf die tschechoslowakische Republik. Die Debatte gipfelte in dem Beschluß, daß alles daran gesetzt werden müsse, um jedes Einschleichen der tschechoslowakischen Republik in den Konflikt zu vermeiden und gegen alle Maßnahmen energisch Front zu machen, die auf eine Mobilisierung oder sogar Hilfeleistung für die Entente hinauslaufen könnten. Die Arbeiterpartei werde sich nach den schrecklichen Leiden des Weltkrieges auf keinen Fall in einen neuen Krieg als Schlachtopfer hineinziehen lassen. Der Klubvorstand beschloß, daß von diesem Beschluß die Regierung ungezäumt in Kenntnis gesetzt werde.

